

Evangelische Verantwortung

Dialog zwischen Politik und Kirche als Chance begreifen

– Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung betonen

Angela Merkel

Vor 40 Jahren wurde der EAK der CDU in Siegen gegründet. Damals hieß das Thema: „Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“. Heute begehen wir das 40. Jubiläum in der Gemeinschaft evangelischer Christen aus West- und Ostdeutschland. Und wir sind in der Lutherstadt Wittenberg, in der die Reformation ihren Anfang nahm und die untrennbar mit deutscher Kultur verbunden ist.

Bei der Gründung des EAK ging es um die „Verantwortung in einem geteilten Deutschland“. Heute geht es um politische Verantwortung in einem endlich wiedervereinten Deutschland und in einem Europa, das zusammenwächst. Der Kalte Krieg ist zu Ende. Die Mauer ist verschwunden. Doch immer mehr Menschen sehen deutlich, daß es neue Anforderungen gibt. Daraus erwächst Unsicherheit und das Bedürfnis nach Orientierung.

Hier sind wir als politisch handelnde evangelische Christen besonders gefordert. Wir müssen



An die grundlegenden Werte unserer politischen Ordnung erinnerte Dr. Angela Merkel, die neue EAK-Bundesvorsitzende, auf der Bundestagung in Wittenberg.

versuchen, auf die Fragen, die die Menschen bewegen, Antworten zu geben. Wie können wir den Hunger in der Welt besiegen? Wie ist es zu schaffen, allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen? Wie reagieren wir auf die großen Wanderungsbewegungen in der Welt? Wie können wir die drohende Klimakatastrophe verhindern und die von Gott uns anvertraute Schöpfung bewahren?

Als evangelische Christen stehen wir in der Tradition Luthers: „Ein rechter Christ auf Erden nicht für sich selber, sondern für seinen Nächsten lebt.“ Wir sind aufgefordert, zu handeln. Denn geistige Freiheit ist ohne Verantwortungsbereitschaft nicht denkbar. Diesem Grundsatz fühlt sich der EAK seit seiner Gründung und auch in Zukunft verpflichtet.

...Ich möchte heute darüber sprechen, wo ich die Schwerpunkte für die weitere Arbeit des EAK sehe.

Ich hatte mich zur Kandidatur entschlossen, weil ich davon überzeugt bin, daß dem Evangelischen Arbeitskreis in der Union eine neue politische und menschliche Aufgabe zukommt. Folgende Themen stellen sich aus meiner Sicht:

1. Die Vollendung der inneren Einheit vor allem auch als eine geistige Aufgabe.
2. Wir müssen die geistige Auseinandersetzung auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes führen.
3. Es geht um mehr Gerechtigkeit durch den Ausgleich von Gegensätzen.
4. Wir müssen mit protestantischer Unruhe eine neue Wertediskussion führen.
5. Der Dialog mit der Kirche muß dabei ein Schwerpunkt sein.
6. Wir wollen als Christen mithelfen, ein Europa des Friedens und der Gerechtigkeit zu bauen.

Die innere Einheit vollenden

Wir sind wieder ein Staat, aber wir müssen auch innerlich wieder eins werden. Der Weg dahin ist schwerer als viele von uns geglaubt haben. Erst jetzt, „mit dem Zusammenleben“, so sagt der Schriftsteller Günther de Bruyn, „beginnen die Schwierigkeiten“, denn Biographien kann man eben nicht austauschen so wie eine Währung oder ein Firmenschild.

Welchen Beitrag können wir als EAK vor allem für das geistige und kulturelle Zusammenwachsen der Deutschen leisten? Peter Hintze hat die „Deutschland-Foren des EAK“ ins Leben gerufen. Sie haben sich bewährt und wir dürfen in dem Gespräch über unsere Erfahrungen in der Vergangenheit und

über unsere Vorstellungen für die Zukunft nicht nachlassen.

Ich wünsche mir darüber hinaus tausende von Gesprächskreisen, in denen sich Ost- und Westdeutsche begegnen und so zum besseren Verständnis beitragen. Für die Menschen hier in den neuen Ländern sind die Mechanismen der neuen Ordnung nicht leicht zu durchschauen. Es ist für sie oft schwer einzusehen, daß Demokratie und Soziale Marktwirtschaft nicht einfach alles sofort besser und leichter machen. Viele können nicht verstehen, daß sie zunächst einmal die bedrückende Erfahrung der Arbeitslosigkeit machen müssen.

Hier stellt sich eine große Aufgabe. Ich meine, dabei zu helfen, die neuen Bedingungen zu verstehen und zu erklären. Das vermisste ich bisher noch viel zu sehr.

Die geistige Auseinandersetzung auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes führen

Für evangelische Christen sehe ich die Aufgabe, immer wieder an die grundlegenden Werte unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung zu erinnern und mit den Menschen darüber zu sprechen. Wir müssen sagen, auf welcher Grundlage wir handeln und welches Menschenbild uns leitet. Gerade in einem Land, in dem es mit der Einheit zwar mehr Protestanten, aber eben auch mehr Nicht-Christen gibt, müssen wir Antwort auf die Frage geben, warum gerade das Christliche als Maßstab der Politik mehr als andere Weltanschauungen oder Ideologien als Maßstab taugt.

Der christliche Glaube zielt immer auf den einzigartigen Menschen, Christentum ist Menschlichkeit. Wenn wir auf dieser Grundlage unsere Politik gründen, sie danach ausrichten und erläutern, dann gewinnen wir wieder Vertrauen.

Mit protestantischer Unruhe eine neue Wertediskussion führen

Ein erster Schritt zu dieser Diskussion ist die Verstärkung unserer inhaltlichen Arbeit. Die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm der CDU bietet dafür gute Chancen. Wir müssen als EAK mit protestantischer Unruhe und durchaus auch in der lutherischen Tradition einer gewissenhaften Autorkritik dazu beitragen, daß die

Union die richtigen Fragen stellt, Fragen, die die Menschen bewegen. Und wir müssen unseren Teil bei der Suche nach Antworten beitragen.



Der scheidende EAK-Bundesvorsitzende Peter Hintze und die neugewählte Bundesvorsitzende Dr. Angela Merkel

Ich erhoffe mir, daß daraus eine Wertediskussion über eine Gesellschaft im Wandel entsteht; eine Diskussion, die deutlich macht, daß Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht allein durch eine wachsende Staatsquote und eine immer höhere Staatsverschuldung, sondern nur durch praktizierte Solidarität und Subsidiarität dauerhaft verwirklicht werden können.

Solidarität bedeutet die Bereitschaft, die eigene Leistung auch als Dienst an der Gemeinschaft und als Vorsorge für folgende Generationen und für alle Mitmenschen zu begreifen.

Ansprüche und materielle Besitzstände finden dort ihre Grenzen, wo sie zu einer Verminderung von Lebenschancen anderer führen.

Solidarität wird leider heute zu häufig so verstanden, daß man innerhalb einer Gruppe, z.B. der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, solidarisch ist, und versucht, aus einem gemeinsamen Kuchen sich das größte Stück herauszuschneiden. Solidarität, wie wir als christliche Demokraten sie verstehen, bedeutet aber beispielsweise, mit dem solidarisch zu sein, der weniger hat als wir. Das gilt für die Westdeutschen in ihrer Beziehung zu den Menschen in Ostdeutschland, das gilt für uns gemeinsam in Beziehung zu den Menschen Osteuropas und der Dritten Welt. Das gilt auch in unserer Verantwortung vor den Generationen, die nach uns kommen. Solidarität müssen wir auch mit denen üben, die in unserem Land Bedrängnissen ausgesetzt

sind. Niemand hat das Recht, auch junge Menschen nicht, Gewalt gegen andere anzuwenden. Die Würde des Menschen ist unteilbar.

Wir sollten eintreten für die Solidarität mit Kindern. Noch immer sind die Gewalt gegen Kinder und der sexuelle Mißbrauch viel zu wenig im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Wir sind ein reiches Land. Aber sind wir auch ein kinderfreundliches Land? Ich habe auch kein Verständnis dafür, wenn im Fernsehen immer mehr Gewalt und sogar Filme gezeigt werden, die bundesweit verboten sind. Hier trägt auch jedes Mitglied des EAK, das in entsprechenden Verwaltungsorganen sitzt, eine Verantwortung. Diese Verantwortung sollte aber auch wahrgenommen werden.

Wir sollten auch für mehr Solidarität mit den Familien eintreten. Deshalb müssen wir in nächster Zeit verstärkt überlegen, wie das Steuerrecht besser auf Familien mit Kindern zugeschnitten werden kann. Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat. Dies gilt besonders für Alleinerziehende.

Wenn es darum geht, Wertebewußtsein wachzurufen, dann müssen wir auch wieder deutlicher auf den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung hinweisen. Schon bei Luther heißt es: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand Untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann Untertan.“

Auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes ist nur die Union in der Lage, den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung wieder in den Vordergrund zu rücken. Und es ist

unsere Aufgabe, deutlich zu machen, daß egoistisches Gruppendenken eine Gesellschaft in die Sackgasse führt.

Dialog zwischen Politik und Kirche intensivieren

Die Deutsche Einheit darf nicht nur als Belastung empfunden werden. Sie ist vielmehr eine Chance, über bestimmte Entwicklungen, die sich in den alten Bundesländern in den letzten vierzig Jahren vollzogen haben, noch einmal nachzudenken.

Über diese Chancen zu sprechen, über Freiheit, Verantwortung und Gerechtigkeit vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen zu diskutieren, ist aus meiner Sicht ein wesentlicher Bestandteil des Dialogs zwischen Politik und Kirche.

Wir brauchen diesen Dialog. Ich sehe darin eine meiner wichtigsten Aufgaben. Die Kirchen besitzen eine große moralische Autorität und darüber hinaus eine reichhaltige Erfahrung zum Beispiel im Bereich der sozialen Hilfe oder in der Arbeit in Entwicklungsländern.

Die Kirchen in Westdeutschland haben am Aufbau des demokratischen Rechtsstaates entscheidend mitgewirkt. In ihrer bemerkenswerten Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ hat die EKD darauf hingewiesen, daß „die positive Beziehung von Christen zum demokratischen Staat des Grundgesetzes mehr als äußerlicher Natur“ ist, „[d]aß nur eine demokratische Verfassung der Menschenwürde und damit dem Kern des christlichen Menschenbildes entspricht. „Christen sind aufgerufen“, so die Denkschrift, „Leben und Gestaltung dieses Staates ... als Teil ihrer christlichen Verantwortung anzunehmen.“

Als EAK nehmen wir diese Aussagen sehr ernst. Und wir dürfen nicht müde werden, sie immer wieder neu einzufordern.

Ich gehöre nicht zu denen, die sicher zu glauben wissen, was „christliche Politik“ ist. Mein Glaube kann mir Orientierung geben. Er offenbart mir die christliche Botschaft vom Sinn des Lebens und gibt mir dadurch Hoffnung und Ermutigung. Er gibt mir aber auch den Zweifel an mir selbst und die Demut vor Gott. Ich wünsche mir deshalb eine starke Evangelische Kirche, die die Handelnden in ihrem Ge-

wissen vor Gott und den Menschen kräftigt, die ihnen hilft, Entscheidungen zu finden.

Europa bauen

...Wir wollen ein gemeinsames Europa bauen. Das Votum der Franzosen bestärkt uns darin – auch wenn es knapp ausgefallen ist. Aber es zeigt auch, daß es nicht reicht, Europa mit Verwaltungsrichtlinien zu bauen. Es geht darum, eine europäische Union zu vollenden, mit der sich die Bürger identifizieren können, die nicht neue Superstrukturen aufbaut und zentralistische Vorgaben macht.

Europa ist nicht irgendeine Sache, Europa ist das große Angebot der Geschichte an uns alle. Nehmen wir die Chance wahr, dieses Europa aus christlicher Verantwortung heraus mitaufzubauen und mitzugestalten.

Grundsätze wachhalten!

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Wir können sie nur bestehen, wenn wir als christliche Demokraten unsere Grundsätze wachhalten und die vor uns liegenden Aufgaben mit protestantischem Freiheits- und Gerechtigkeitsverständnis angehen. Wir haben als EAK in der Union die Aufgabe, über den Tag hinauszusehen und in die Politik die Erkenntnis einzubringen, daß „das Sittliche ... in Wahrheit auch das Nützliche“ ist (Cicero).

Ann.: Bundesministerin Dr. Angela Merkel ist am 25. September in Wittenberg vom Bundesarbeitskreis zur neuen Vorsitzenden des EAK der CDU/CSU gewählt worden.

Geboren am 17. Juli 1954 in Hamburg. Vater: Theologe, Mutter: Philologin. Zwei jüngere Geschwister.

Kindheit und Jugend in Templin. Studium der Physik in Leipzig.

1978-1990 Wiss. Mitarbeiterin im Zentralinstitut für Physikalische Chemie an der Akademie der Wissenschaften (Ost-Berlin).

1986 Promotion.

Ende 1989 Beitritt zum Demokratischen Aufbruch.

März bis Oktober 1990 Stellvertretende Regierungssprecherin der Regierung de Maizière.

August 1990 Beitritt zur CDU.

Seit Dezember 1990 MdB.

Seit Januar 1991 Bundesministerin für Frauen und Jugend.

Wir veröffentlichen hier Auszüge aus ihrer Eröffnungsrede auf der Bundestagung. Den gekürzten Beitrag können Sie bei uns in der EAK-Bundesgeschäftsstelle bestellen.

„Ich wünsche auf diesem Wege von Herzen jeden nur denkbaren Erfolg für diese wichtige Bundestagung in der Lutherstadt Wittenberg. Allein die Tatsache, daß der EAK dort tagen kann, macht deutlich, welche im Grunde außerordentlich erfreuliche Entwicklung in Deutschland vorstatten gegangen ist. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten dürfen den Blick für die Gnade nicht verstellen, die das deutsche Volk erfahren hat.“

Dr. Ottfried Hennig,
MdB, Vorsitzender
der CDU-Fraktion in
Schleswig-Holstein

„Die Europäische Gemeinschaft von morgen muß nach unserem Verständnis auch eine ausgeprägte soziale und christliche Dimension erhalten. Alle Christen sind aufgefordert, ihren Beitrag dazu zu leisten.“

Dr. Egon A. Klepsch,
MdEP, Präsident des
Europäischen Parlaments

„Gerade wir Christen haben mit dem kulturellen Erbe Europas eine besondere Verantwortung für die Zukunft Europas. Es ist wichtig und gut, daß sich auch der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU der Aufgabe widmet, den Menschen die Vision eines freien und sozial gerechten Europas aufzuzeigen, das in den christlichen Werten fundiert ist.“

**Bundestagspräsidentin
Prof. Dr. Rita Sußmuth,**
MdB, Vorsitzende der
Frauen-Union

„Vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist das Wirken der verschiedenen EG-Organen weitgehend unbekannt, obwohl das „europäische Haus“ immer konkretere Formen annimmt. Durch den Themenschwerpunkt der 33. Bundestagung tragen Sie als Teil der Union dazu bei, sich und andere mit Europa vertraut zu machen. Damit stellt der EAK unter Beweis, die Zeichen der Zeit erkannt zu haben.“

Ulf Fink,
(CDA)

Auszüge aus Grußworten anlässlich der Bundestagung

33. Bundestagung der EAK der CDU/CSU in Wittenberg

Dr. Helmut Kohl

Wenn wir Deutschen uns in diesen Jahren der gemeinsamen Aufgabe des Neuaufbaus stellen, dann folgen wir als Christen dabei unserem Auftrag, die Welt zu gestalten und am Werk des Schöpfers mitzuarbeiten. Religion ist eben nicht „Opium für das Volk“, wie es Marxisten immer wieder behauptet haben. Im Gegenteil: Sie ist der eigentliche Ursprung der Verantwortung, die den Christen in der Welt und für die Welt auferlegt ist.

Deswegen bleibt es auch dabei: Wir stellen uns in der Politik unserer christlichen Verantwortung. Wie bleiben Christliche Demokraten – auch wenn in Deutschland heute nur noch zwei Drittel der Menschen einer Kirche an-

unserer Verantwortung vor Gott bekennen, dann heißt das ja nicht, daß wir das Evangelium als politisches Programm verstehen wollten. Schon Luther hat solches als verhängnisvollen Irrtum angesehen. Von ihm stammt



Dr. Helmut Kohl: Der Diskussion um die Fortschreibung des CDU-Grundsatzprogramms Raum bieten.

gehören. Das „C“ hat nie bedeutet – Hermann Ehlers hat dies mehr als einmal betont –, daß Politik aus christlicher Verantwortung ausschließlich bei der CDU angesiedelt sei. Für mich bleibt das „C“ Anspruch in erster Linie an uns selbst: Wir gestalten Politik aus unserem Verständnis vom Menschen wohlwissend, daß wir diesem Anspruch nicht immer gerecht werden können. Es bleibt gültig, was in unserem Grundsatzprogramm steht: „Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren.“

Das „C“ bedeutet daher auch nicht den überheblichen Anspruch des moralisch Höherstehenden. Gerade das „C“ verlangt von uns vielmehr, das Gebot der Demut und Bescheidenheit auch in der Politik zu beachten. Wenn wir uns als Christliche Demokraten zu

der Vergleich: „Ein ganzes Land oder die Welt mit dem Evangelium zu regieren sich zu unterfangen, das ist ebenso, als wenn ein Hirte in einem Stall Wölfe, Löwen, Adler, Schafe zusammenfängt und ein jegliches frei nebeneinander laufen ließe und sagte, da weidet und seid rechtschaffen“.

So heißt es aus gutem Grund auch in unserem Grundsatzprogramm: „Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.“ Vor den grundlegend gewandelten Verhältnissen in unserer heutigen säkularisierten Gesellschaft gewinnt für die CDU die Frage der Offenheit der Partei für

Nichtchristen an Bedeutung. Die CDU ist offen für die Mitarbeit von Nichtchristen.

Dialog zwischen Union und Kirche fördern

Das heißt aber nicht, daß wir nicht auch in Zukunft in besonderer Weise mit den Kirchen verbunden bleiben. Für uns Christen sind sie unsere Glaubensheimat. Der EAK hat sich von Anfang an der Aufgabe gestellt, den Dialog zwischen der Union und der evangelischen Kirche zu fördern. Auch in Zukunft werden wir angewiesen sein auf diesen wichtigen Beitrag von evangelischen Christen in der CDU und in der CSU.

Mit den Kirchen gemeinsam stehen auch wir als Partei heute vor einer wichtigen Aufgabe. In weiten Teilen Europas sind die Menschen dem Christentum heute entfremdet. Ihnen auf der Suche nach dem Sinn des Daseins neue Orientierung zu geben, ist eine originär kirchliche Aufgabe. Sie ist aber auch von eminent politischer Bedeutung: In das geistige Vakuum, das der Kommunismus hinterlassen hat, dürfen keine neuen totalitären Heilslehren einströmen.

Nicht zuletzt deshalb messe ich der Diskussion um die Fortschreibung des CDU-Grundsatzprogramms so große Bedeutung zu. Dabei ist es aus meiner Sicht entscheidend, daß es uns gelingt, in den Diskussionsprozeß des Jahres 1993 möglichst die gesamte CDU einzubinden.

Die Fortschreibung unseres Ludwigshafener Grundsatzprogramms von 1978 bedeutet nicht, daß es schlecht gewesen wäre. Das Gegenteil ist richtig. Dennoch müssen wir uns der Notwendigkeit stellen, unser Grundsatzprogramm fortzuschreiben. Es stammt aus der Zeit der deutschen Teilung. Die inzwischen erreichten Fortschritte bei der europäischen Einigung haben die Anforderungen an unser Grundsatzprogramm ebenfalls verändert. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub zum Beispiel oder die rentensteigernde Berücksichtigung von Erziehungs- und Pflegezeiten, wie wir sie in Ludwigshafen noch als Ziel formuliert haben, sind durchgesetzt und eingeführt. Gerade solche Punkte, die eine Fortschreibung notwendig machen, zeigen, wie sehr sich das Ludwigshafener Programm bewährt hat. Es ist eine in seinen Grundsätzen auch heute noch gültige

Standortbestimmung christlich-demokratischer Politik.

Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung

In den letzten 14 Jahren ist bei uns allen das Bewußtsein um unsere Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung gewachsen. Das Ozonloch über der Antarktis oder die Vernichtung der tropischen Regenwälder rührt an den Lebensnerv aller Völker. In vielen Jahren habe ich mich dafür eingesetzt, das Thema „Umwelt und Entwicklung“ auf die Tagesordnung der internationalen Politik zu setzen. Die UN-Konferenz in Rio de Janeiro im Juni dieses Jahres hat uns hierbei ein gutes Stück vorangebracht. Von dieser Konferenz ist eine wichtige Botschaft ausgegangen – die Botschaft der Solidarität, der gleichberechtigten Partnerschaft und der gemeinsamen Verantwortung für die **eine** Welt.

Ich trete daher dafür ein, daß wir unsere Ludwigshafener Formulierungen zum christlichen Menschenbild ergänzen durch unser – mit allen großen Weltreligionen gemeinsames – christliches Verständnis von der verantwortlichen Stellung des Menschen in der Schöpfung. Die Aussagen von 1978 zum christlichen Menschenbild aber bleiben gültig.

...Auf dem Weg zu einem geeinten und versöhnten Europa ist der Beitrag der Christen unentbehrlich. Es waren vor allem in ihrem Glauben tief verwurzelte Christen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges daran gingen, auf freien Teil unseres Kontinents die Europäische Gemeinschaft aufzubauen. Sie handelten im vollen Bewußtsein der geistig-kulturellen Traditionen, die die Völker Europas miteinander verbinden.

Das geeinte Europa vollenden

Es gibt für uns heute keine vernünftige Alternative zu einer Politik, die auf den immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker und Nationen setzt. Auf sich allein gestellt ist schon heute kein europäischer Staat mehr in der Lage, die großen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zu bestehen – politisch und ökonomisch. Wir haben es heute in der Hand, das geeinte Europa zu vollenden. Nach der Überwindung von Ost-West-Konflikt und Kaltem Krieg bietet sich die Chance, mit allen Völ-

kern und Nationen Europas eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen, die auf Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit basiert. Wichtigster Baustein muß die Europäische Union sein, die wir mit dem Vertrag von Maastricht schaffen wollen.

Unser „Ja“ zu Europa ist zugleich eine Absage an jegliche Form von Chauvinismus und Nationalismus. Zu Recht empfinden wir es heute als absurd, daß in vielen europäischen Bruderkriegen jede Nation davon überzeugt war, ein Gott wohlgefälliges Werk zu vollbringen. Dennoch kann auch heute kein europäisches Land von sich behaupten, es sei völlig immun gegen den Virus des Nationalismus. Für Christen jedenfalls bezeichnet Patriotismus die Haltung nicht nur zum eigenen Vaterland, denn Patriotismus bedeutet immer auch Achtung vor der Vaterlandsliebe des Nachbarn und damit die Ablehnung jeder Form nationaler Überheblichkeit. Überall in Europa muß die Liebe zum eigenen Vaterland untrennbar verknüpft sein mit der Liebe zur Freiheit und mit der Achtung vor der Würde des Nachbarn. Dies ist das Fundament eines „Hauses der Freiheit für alle Europäer“, wie es Konrad Adenauer im Jahre 1961 so weitsichtig ausgedrückt hat.

Daß die heutige EG nicht das ganze Europa sein kann, ist unbestritten. Wir befürworten deshalb nachdrücklich einen Beitritt von EFTA-Ländern zur Europäischen Union, wie er im Laufe dieses Jahrzehnts erfolgen kann. Auch für Ungarn, Tschechen, Slowaken und Polen oder später auch für die Staaten des Baltikums muß auf Dauer die Zugehörigkeit zur Union möglich sein, wenn sie dies wünschen und wenn sie die notwendigen politischen und ökonomischen Voraussetzungen erfüllen. Vertiefung der Integration und Erweiterung der Gemeinschaft müssen Hand in Hand gehen. Es gibt hier kein „Entweder-Oder“ sondern nur ein „Sowohl-Als-Auch“. Deshalb haben wir in Maastricht den Grundstein zu einer immer stärker demokratisch legitimierten Europäischen Union gelegt. Nach der Zustimmung einer Mehrheit der französischen Bevölkerung zum Vertrag von Maastricht wollen auch wir unseren Teil dazu tun, damit der Vertrag wie geplant zum 1. Januar 1993 in Kraft treten kann. Deutschland wird an dem vorgesehenen Zeitplan für die Ratifizierung festhalten.

Wir wollen eine Europäische Union vollenden, mit der sich unsere Bürger

identifizieren können. Gerade unsere föderale Struktur bietet hervorragende Chancen dafür, daß regionale Probleme und Besonderheiten auch in einer Europäischen Union wirkungsvoll zur Sprache gebracht werden. Denn das bundesstaatliche Prinzip gewährleistet eine größere Bürgernähe als zentralistische Strukturen. Deshalb sind unser Verständnis von Föderalismus und das Prinzip der Subsidiarität im Vertrag von Maastricht verankert. Dieses Prinzip verlangt nicht nur, daß politische Entscheidungen auf der möglichst niedrigen Ebene angesiedelt sind.

Prinzip der Subsidiarität verwirklichen

Er verlangt darüber hinaus, daß der Staat dem Bürger eigene Initiative und verantwortliche Selbsthilfe im Rahmen des Möglichen erleichtert und abfordert. Erst so kann wahre Solidarität in der Gesellschaft gedeihen. Solidarität beinhaltet die persönliche Zuwendung von Mensch zu Mensch. In einer Zeit, in der Armut viel seltener finanzielle Not bedeutet, als vielmehr Mangel an Gemeinschaft, gewinnt diese persönlich geleistete Hilfe an Bedeutung. Wenn wir beim Bau der Europäischen Union das Prinzip der Subsidiarität verwirklichen, dann bauen wir auch unter dem europäischen Dach an der Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

Es wäre ein historisches Versagen der Europäischen Gemeinschaft, wenn wir in diesem Augenblick, wo sich die Hoffnungen unserer Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf uns richten, den Weg zur künftigen Europäischen Union verlangsamen oder gar abbrechen würden – einen Weg, der uns bis heute Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglicht hat. Öffnung Europas bedeutet nicht nur Ausrichtung der Europäischen Gemeinschaft auf die angestrebte Europäische Union, sie bedeutet auch – wie Vaclav Havel es ausdrückte – „Heimkehr“ der mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten nach Europa. Gerade in diesen Ländern ist in den über vierzig Jahren der Teilung unseres Kontinents das Bewußtsein für die tiefen Wurzeln gemeinsamer kultureller, geistiger und religiöser Traditionen in Europa lebendig geblieben.

Nach Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft geht es jetzt darum, die wieder gewonnene Freiheit fest zu verankern. Dem Aufbau des demokrati-

schen Rechtsstaates kommt dabei eine ganz besondere Bedeutung zu. Unrecht erzeugt Unfrieden, im Innern wie nach außen. Heute erkennen viele, die dieser Aussage noch vor wenigen Jahren skeptisch gegenüberstanden, daß die Bibel doch recht hat. Bei Jesaja heißt es in Kapitel 32, Vers 17 in der Lutherschen Übersetzung: Der Gerechtigkeit Frucht wird Frieden sein. Abrüstung und Rüstungskontrolle allein garantieren keinen dauerhaften und wirklichen Frieden. Erst Gerechtigkeit schafft Frieden, denn sie allein führt zum Abbau von politischen Spannungsursachen.

Viele haben unter den verschiedenen Diktaturen dieses Jahrhunderts ihre Freiheit dafür geopfert und ihr Leben dafür eingesetzt, daß alle Europäer die Chance erhalten, in gemeinsamer Freiheit zusammenzuleben. Wenn wir uns das Gefühl der Dankbarkeit bewahren, dann werden wir auch die Kraft finden, das große Werk des Friedens zu vollenden, zu dem jetzt die Fundamente gelegt sind. Dabei werden wir Mut und Solidarität brauchen. Der größte Fehler wäre es aber, angesichts der Größe der Aufgabe zu resignieren. Wir dürfen nicht auf die Propheten des Niedergangs hören.

Wenn wir auf das Leid zurückblicken, das die Kriege und die Diktaturen dieses Jahrhunderts über so viele Menschen gebracht haben, dann empfinde ich es als eine großartige Chance, daß die heute lebenden Generationen, vor allem die junge Generation, die Aussicht auf ein ganzes Leben in Frieden und Freiheit haben.

Anm.: Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, bei der 33. EAK-Bundestagung in der Lutherstadt Wittenberg am 26.9.92.

Gemeinsame Sicherheit in Europa

Volkmar Köhler

Unter Leitung von Dr. Christoph Bertram diskutierte der Arbeitskreis Fragen der gemeinsamen Sicherheit in Europa. Karl Lamers, MdB, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Gerd Pöttering, MdEP, Staatssekretär Jörg Schönbohm aus dem Bundesverteidigungsministerium und der schwedische Reichstagsabgeordnete Astrand gaben den Einstieg ins Thema.

Das sehr lebhaftes Gespräch, an dem viele Delegierte und Gäste engagiert teilnahmen, kreiste von vornherein um zwei Fragen: Auf welcher Basis kann eine europäische Sicherheitspolitik aufgebaut werden? Wie einig ist Europa?, denn ohne diese Voraussetzung kann eine solche Politik nicht entwickelt werden. Die Euro-Skepsis der letzten Monate spielte in der Diskussion eine große Rolle. Immerhin blieb festzustellen, daß das Jugoslawien-Problem Europa nicht gespalten hat, auch wenn die Gemeinschaft schwerwiegende Schwächen gezeigt hat.

Das Fazit lautete, daß nur der Weg nach vorne die problematische Situation überwinden kann. Die Maastrichter Verträge müßten ratifiziert werden. Nicht vergessen dürfe man, daß die Gemeinschaft Sicherheit für alle die schaffe, die ihr angehören. Dies erkläre das Drängen vieler mittel- und osteuropäischer Staaten zum Beitritt in die Gemeinschaft. Auszugehen sei von der Tatsache, daß das NATO-Gebiet nicht erweitert werde. Der NATO-Kooperationsrat könne nur in Teilbereichen das sicherheitspolitische Vorfeld der NATO ordnen.

Die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft schaffe dagegen neue sicherheitspolitische Aufgaben. Dies sei auch in der Petersberger Erklärung der Westeuropäischen Union zum Ausdruck gekommen. Dabei sei es nicht die Tendenz



Blick auf Podium

der Europäischen Gemeinschaft, eine interventionistische Politik zu betreiben. Die Gemeinschaft sei in sich eine Friedensgemeinschaft, die Konflikte durch politischen Dialog und konkrete Hilfeleistung zu lösen versuche. Ob es im Laufe der Entwicklung zu einer Neuaufgabe der europäischen Verteidigungsgemeinschaft komme, müsse der Zukunft überlassen bleiben. Vordringlich sei jetzt die Überwindung der Demokratie-Defizite der Gemeinschaft. Die Maastrichter Verträge seien dazu nur ein erster Schritt. Es müsse aber glaubwürdig gemacht werden, daß die Gemeinschaft mehr sei als eine Bündelung wirtschaftlicher Interessen. Die Mitgliedsländer seien durch eine Wertegemeinschaft verbunden. Diese Bindung an demokratische Grundwerte müsse auch im Dialog mit den Kirchen betont werden.

Die Europäische Gemeinschaft stehe für eine neue politische Kultur. Die geschichtliche Erfahrung zeige, daß Europa keine Hegemonie ertrage, auch nicht in der Währungspolitik durch die D-Mark. Eben wegen dieser Erfahrung sei die Währungsunion auch im deutschen Interesse und stelle nicht nur ein Geschenk an die anderen dar. Die Entscheidung für die Gemeinschaft sei eine der wichtigsten Grundentscheidungen der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Obwohl die europäischen Nationen untereinander immer noch schwierige Partner sind, müsse die Gemeinschaft neue wichtige Aufgaben lösen. So sei es unerlässlich, Rußland in seinem gegenwärtigen schwierigen Zustand auffangen zu helfen. Für solche Aufgaben müsse Europa gestärkt werden. Angesichts der vielen Krisenherde in Osteuropa, Zentralasien und den GUS-Staaten könne Europa auf Sicherheitspolitik nicht verzichten. Um so nötiger sei der Dialog mit der Kirche über Sicherheitspolitik und die Bundeswehr.

Einigkeit herrschte darüber, daß Europa in der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit aber auch im Lebensgefühl weiter vorangekommen sei, als wir oft denken. Die innere Einigung Deutschlands könne für die Überwindung historischer Gegensätze in Europa ein Vorbild für die Vertiefung der Gemeinsamkeiten sein. Deutsche Einigung und die Wiederherstellung der Einheit Europas stehen in einem engen Zusammenhang.

Anm.: Dr. Volkmar Köhler, MdB, ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes.

Verantwortung für ein wirtschaftlich starkes und soziales Europa

Klaus Weigelt

Der Arbeitskreis I der Wittenberger Bundestagung des EAK widmete sich unter Leitung des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Prof. Werner Münch, wirtschafts- und sozialpolitischen Kernfragen der deutschen und europäischen Einigung.

Münch stellte einleitend fest, daß Europa durch das positive Votum der Franzosen „knapp an einem Fiasko vorbeigerutscht“ sei. Große Hoffnungen seien zur Zeit nicht mehr vorhanden, die Akzeptanz Europas habe nachgelassen. Politisch könne dieser Entwicklung nur mit einer stärkeren Überzeugungskraft begegnet werden und mit klaren Antworten auf die Fragen, die sich jetzt stellen: Für welches Europa übernehmen wir Verantwortung?

Hat sich nach den einschneidenden Veränderungen Europas seit 1989 auch unser Europabild verändert? Wie bringen wir nach der jahrzehntelangen Dominanz der Wirtschaft in der europäischen Entwicklung jetzt die wirtschaftlichen und sozialen Erfordernisse zusammen? Kann Deutschlands hoher Sozialstandard Maßstab für Europa sein? Und schließlich: was bedeutet für die christliche Ökumene das Scheitern einer Ideologie, die dezidiert gegen das Christentum gerichtet war?

Die Podiumsrunde eröffnete **Dr. Ingo Friedrich MdEP**. Er unterstrich, daß ohne die europäische Einigung die Einzelstaaten heute keine Überlebensfähigkeit hätten, die Sanierung Osteuropas ohne eine starke europäische Wirtschaft nicht möglich sei und daß eine Stabilisierung Deutschlands in Frieden nur europäisch möglich ist. Friedrich sprach sich für EG-weite Mindeststandards und die gegenseitige Anerkennung von nationalen Regeln aus: „Wir wollen nicht mehr alles harmonisieren.“ Er plädierte für eine „Aufwärmphase“ der Staaten Osteuropas im Europarat und für deren spätere Mitgliedschaft in der EG.

Die sachsen-anhaltinische Unternehmerin **Marion Fischer** stellte in den Mittelpunkt ihrer vielbeachteten Stellungnahme den von ihr selbst durchlebten Widerspruch zwischen christlicher Existenz und dem Leben als Unternehmer. Sowohl ihre Haltung zur Gleichstellung von Männern und Frauen, als auch ihr Verhältnis zu

Behinderten oder ausländischen Arbeitnehmern sei von diesem Widerspruch geprägt: „Kann man christlich und menschlich handeln“, fragte sie, „wenn die Bedingungen so sind, daß sie ein solches Handeln verhindern?“

Der Finanzminister Sachsen-Anhalts, **Dr. Wolfgang Böhmer**, ging von der These aus, daß es ein Europa nach deutschen Maßstäben nicht geben werde und daß wir Europa auch nicht durch Harmonisierung schaffen könnten. Unter Bezugnahme auf die Wittenberger Beutelordnung aus dem 16. Jahrhundert, die er als Ausgangsordnung für ein soziales Europa kennzeichnete, und den Finanzausgleich von West- nach Ostdeutschland plädierte Böhmer für neue Mechanismen, den Transfer von Marktanteilen und dafür, „daß sich diakonisches Denken auch in der Politik breitmacht.“

Der Präsident des Diakonischen Werkes, **Karl Heinz Neukamm**, sagte, Europa sei ganz und gar von den Kräften der christlichen Botschaft geprägt: „Wir bekennen uns zur sozialen Verantwortung, aber wie übersetzen wir dieses Bekenntnis in unsere Gesellschaft, in unser Nord-Süd-Verhältnis? Wie erlernen wir die Kunst des Lassens, des Teilens?“ Von der Kirche forderte Neukamm unter starkem Beifall der Teilnehmer, sie solle ihren Auftrag erfüllen: „Wir brauchen eine Kirche mutmachender Verkündigung, nachgehender Seelsorge und helfender Diakonie!“

Aber nicht nur die Kirche, jeder einzelne Christ sei gefordert: persönliche Opferbereitschaft und eine „Öffnung der Herzen“ für Osteuropa empfahl Neukamm und betonte, daß wir unser vorbildliches Sozialsystem der Sozialen Marktwirtschaft zu verdanken haben. „Aber wir vergessen den in der Sozialen Marktwirtschaft verantworteten Verantwortungsgedanken.“ In diesem Sinne sprach er sich für eine engagierte Solidarität mit den jüdischen und anderen ausländischen Mitbürgern aus und schloß seine Thesen

mit dem Hinweis ab, daß es ein soziales Europa nur geben könne, „wenn die Bürger in Deutschland auch persönlich ihren Beitrag leisten.“

Abschließend sprach die neue Vorsitzende des EAK, Bundesministerin **Dr. Angela Merkel**. Sie nahm den Begriff der „mutmachenden Seelsorge“ auf und stellte diesem die oft als „entwürdigend“ empfundenen Beihilfe-Anträge gegenüber: Widersprüche könne man eben nicht einfach mit Richtlinien wegwischen. Ernsthaft setzte sie sich dann mit der ethischen Frage auseinander, die Frau Fischer aufgeworfen hatte. Frau Merkel unterstrich die gesellschaftliche Notwendigkeit einer Politik der Gleichberechtigung von Mann und Frau und regte ein politisches Vorgehen an, das Unternehmer in die Richtung einer immer besseren Umsetzung der diesbezüglichen Gesetze lenke. Sie schloß in ihrem Votum einen gewissen politischen Druck in dieser Frage nicht aus.

Während der anschließenden Diskussion wurde bemängelt, daß Fragen der Währungsstabilität und einer unabhängigen europäischen Zentralbank zu kurz gekommen seien. Kritik wurde an der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und der sich daraus ergebenden Wandermöglichkeit, z.B. von Handwerkern in der EG, geübt. Mehrere Diskussionsredner betonten die Notwendigkeit einer Politischen Union und einer Verbesserung der sozialen Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Bereitschaft der Menschen, auch zum persönlichen Engagement, sei größer als allgemein angenommen; aber das politische Klima sei derzeit nicht besonders geeignet, diese Bereitschaft fruchtbar zu machen.

Ministerpräsident Werner Münch schloß die gelungene Diskussionsrunde ab. Er charakterisierte die Veränderungen in Europa als große Chance, die es aktiv aufzunehmen gelte. Die deutsche Einheit und die europäische Einigung gehörten zusammen und bildeten für uns eine Verpflichtung, der wir besonders als Christen gerecht zu werden hätten. Unser langfristiges Ziel sei die Politische Union als auf die Dauer starker Partner in der Welt. Auf dieses Ziel gelte es mit Geduld, Verständnis und Toleranz zuzugehen.

Anm: Klaus Weigelt ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes.

Einzelne Statements der Podiumsteilnehmer können Sie über die EAK-Geschäftsstelle beziehen.

40 Jahre Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Albrecht Martin

Am 16. März 1952 wurde der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in Siegen gegründet. Albrecht Martin erinnerte in seinem Vortrag in Wittenberg an Ereignisse und Themen, die 40 Jahre Arbeit im EAK bestimmt haben.

Im Vorwort zu einer kleinen Sammlung von Vorträgen hat unser langjähriger stellvertretender Bundesvorsitzender und Leiter der Studiengruppe, der Kultusminister Prof. Wilhelm Hahn, schon vor beinahe 3 Jahrzehnten ausgeführt: „Mein Weg in die Politik war durch die Sorge motiviert, der deutsche Protestantismus könnte ein zweites Mal der Demokratie seine Mitarbeit versagen und sich damit nicht nur aus dem Aufbau der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung ausschalten, sondern deren Wachsen schwächen.“ War diese Feststellung berechtigt – angesichts der Tatsache, daß die Kräfte, die Männer und Frauen, gegen die sich Hahns Votum richtete, ja keineswegs unpolitisch waren, sondern im Gegenteil höchst agil wirkten?

Zwei Daten geben mir immer neu zu denken: Am 1. Oktober 1985, also 36 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes, erschien die Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ und erst 1991, also 42 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland, wurde die Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz. Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft“ veröffentlicht, eine Auseinandersetzung mit der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft. Waren die Meinungsunterschiede innerhalb der EKD zu diesen zentralen Fragen unseres politischen Selbstverständnisses so gravierend, daß es so schwer wurde, sich auf einen Text zu einigen? Doch offenbar! Aber warum?

Vielfach führt man in der Literatur die Gegnerschaft gegen die Union und die mehr als kritische Haltung gegenüber der Bundesrepublik auf den Einfluß der dialektischen Theologie und das Wirken Karl Barths zurück. Richtig ist, daß die Gegner der Union vielfach aus der Bekennenden Kirche kamen und vornehmlich aus dem Rheinland, wo diese Einflüsse besonders stark waren. Aber die führenden evangelischen Repräsentanten der

CDU kamen auch aus der Bekennenden Kirche, und immerhin ist Gustav Heinemann, der von 1948-1950 erster Innenminister der Bundesrepublik war, von 1945 bis November 1952 Mitglied der CDU gewesen. Es gab also auch aus dem Lager der Anhänger dialektischen Theologie – trotz aller Bedenken gegen eine christliche Partei – durchaus einen Zugang zur Union. Jedenfalls ist die Liste evangelischer Mitglieder der Union aus den Reihen der Bekennenden Kirche stattlich.

Von grundsätzlicher Bedeutung wurde dann die Auseinandersetzung um die Westorientierung der Bundesrepublik und die Wiederbewaffnung, in deren Verfolg es 1952 in Siegen zur Gründung des EAK kam.

Das Verhältnis des Christen zum Staat

Nach unserer Ansicht wird das Verhalten des Christen im politischen Bereich sehr wohl davon mitbestimmt, in welchem Staat ich lebe. Der Staat des Grundgesetzes war und ist für die Christen ein Angebot und eine Aufgabe.

Der Staat der totalitären Ideologie kann weder das eine noch das andere sein, was natürlich nicht bedeutet, daß auch im SED-Staat Christen „der Stadt bestes suchen“ sollten und daß auch dieser Staat in bestimmter Weise unter der Weisung von Römer 13 stand. Es ist heute offenbar für viele nicht einfach, diesen grundlegenden Unterschied zu begreifen, aber das gilt ganz offensichtlich für Christen aus Ost und aus West.

Ich habe schon daran erinnert, daß erst 1991 die Denkschrift der EKD zur Frage der Sozialen Marktwirtschaft „Gemeinwohl und Eigennutz“ erschien. Sie hat zu Diskussionen geführt, die in unserer Kirche keineswegs abgeschlossen sind. Häufig wird dabei übersehen, daß die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft während des 2. Weltkrieges von evangelischen Wissenschaftlern im Freiburger Kreis als eine freiheitliche Ordnung gegen den

Nationalsozialismus entwickelt wurde und daß sie von zwei evangelischen Männern, Ludwig Erhard und Müller-Armack, politisch durchgesetzt wurde. Gleichwohl begegnet man ihr mit Skepsis. Warum?

Ganz abgesehen davon, daß christliche Ethik dazu neigt, mehr nach dem Verteilen der Güter zu fragen als nach ihrem Erarbeiten, sehe ich den Anlaß dieser Skepsis in folgendem:

Die Versöhnung suchen

Christen neigen dazu, in dem urgemeindlichen Zustand des gemeinsamen Eigentums und des gleichmäßigen Verteilens das anzustrebende Ideal zu sehen. Das hat schon in der Urgemeinde nicht funktioniert, und es funktioniert heute erst recht nicht. Denn die Menschen sind ja nicht so! Der Mensch will frei sein und frei entscheiden, auch in seinen wirtschaftlichen Belangen. Nimmt man ihm die Freiheit, dann führt das zu dem, was wir heute in allen Ländern sehen, in denen der Sozialismus die Wirtschaft geplant und die Menschen verplant hat.

Läßt man aber die Kräfte des Marktes ungehindert herrschen, wie das der Liberalismus vorschlägt, dann geht der Schwache unter. **Soziale Marktwirtschaft** vermeidet beides – in den Maßen des Menschen möglichen. Sie ist keine ideale Ordnung – und will es auch nicht sein. Sie ist nicht die Ordnung einer Gemeinschaft von Heiligen, sondern ganz schlicht für irrende, auch oft eigennützige Menschen, und beide Fehler sucht sie durch die Bindung in die Prinzipien der Freiheit und der sozialen Verantwortung zu begrenzen.

Ist das nicht eine Ordnung, für die Christen sich einsetzen sollen? Der EAK wird das jedenfalls immer wieder tun und hat darum seine Bundestagung 1986 in Hannover diesem Thema gewidmet.

Vor eine besondere Herausforderung wurde der EAK gestellt, als zur Zeit der sozial-liberalen Koalition eine neue Epoche der deutschen Außenpolitik einsetzte. Schon 1965 war auf der Bundestagung in Bonn – Außenminister Gerhard Schröder war damals Bundesvorsitzender – die Frage der Oder-Neiße-Grenze mit allem Freimut erörtert worden. Das war nicht das Problem! Aber zur Diskussion stand, ob dann die von 1969 an betriebene Politik die für den Christen einzig

Mögliche war, ob die Hinnahme der Oder-Neiße-Grenze und die Hinnahme der deutschen Teilung von den Deutschen als Buße für die Verbrechen des Nationalsozialismus gefordert werden müsse. Wir haben damals die Ansicht vertreten, daß man alles tun müsse, um mit Polen zur Verständigung zu kommen und mit der Sowjetunion zu friedlichen Regelungen, daß aber ein Preis nicht gezahlt werden dürfe, das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung auch unseres deutschen Volkes!

Ein Christ kann und darf in bestimmten politischen Ereignissen Gottes Gericht sehen, aber kein Politiker – und keine Kirche – darf beanspruchen, dieses Gericht zu vollziehen. Weder im Richten noch im Schaffen einer neuen Ordnung stehen wir an Gottes Stelle, sondern – hoffentlich – in seinem Gehörsam. Das damals wie heute immer wieder zu betonen, ist Aufgabe des EAK.

Vor einer besonderen Herausforderung wurde der EAK gestellt, als 1987 die Kreise der „Solidarischen Kirche“ 8 Thesen „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ veröffentlichten. Nun kann jeder Beitrag zu solcher Versöhnung damals wie heute auf unsere Zustimmung rechnen.

Aber diese Thesen forderten nicht nur die Abkehr von jedem „Antikommunismus“, sondern stellten auch fest: „daß dem christlichen Verständnis des Menschen als Person in menschlicher Gemeinschaft das Menschenrechtsdenken des Sozialismus, wie er in der UdSSR zugrunde gelegt sei, näher stehe als die bürgerlich-liberale Anschauung von individueller Freiheit.“

Da war sie wieder, diese angebliche Nähe von Sozialismus und christlichem Menschenbild. Wir können diese Nähe nicht sehen, weil für uns entscheidend ist, daß im Sozialismus sich der Mensch selbst erlöst, während wir auf die Erlösung durch Christus hoffen. Da liegt der Unterschied, der nicht dadurch verwischt werden darf, daß man – von Marx und Engels herkommend – politische Aufgaben formulieren kann, die denen ähneln, deren Lösung auch wir erstreben.

Ich denke, daß wir damit in der aktuellen Diskussion sind. Der EAK wird sie auch künftig führen, indem er an ganz bestimmten Überzeugungen festhält. Als evangelische Christen



Albrecht Martin: Zum Dienst an und in dieser Welt sind wir gerufen!

sind wir zum Dienst an und in dieser Welt gerufen, gerade auch im politischen Bereich. Wir sind dabei zu größter Nüchternheit gerufen. Wir wissen,

daß es weder in unserer Macht liegt, noch unsere Aufgabe ist, die vollkommene Welt zu schaffen, ja wir sind mißtrauisch gegen alle solche Pläne. Das macht uns nicht mutlos, sondern gibt uns die Freiheit, heute das Mögliche zu tun. Wir haben diese Überzeugungen immer mit unseren katholischen Freunden in der Union mit großem Freimut erörtern können. Wer sorgfältig nachschaut, der wird das Ergebnis dieser Gemeinsamkeit auch im neuen Grundsatzprogramm finden. Eine Politik von dieser Grundlage aus kann auch von Bürgerinnen und Bürgern angenommen werden, die selbst sich nicht als Christen verstehen. Auch sie sind eingeladen, im EAK mitzuarbeiten; denn wir sind offen für jeden Menschen, dem es um Freiheit und Menschenwürde geht.

So stehen wir im EAK nach 40 Jahren nicht am Ende, sondern vor einem neuen Anfang mit neuen Aufgaben. Machen Sie mit – es lohnt sich!

Anm.: Wir geben hier nur Auszüge wieder. Der vollständige Text kann in der EAK-Bundesgeschäftsstelle angefordert werden.

Theologisches Abendgespräch



Unter dem Motto „Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“ diskutierten am Freitagabend (25.9.) in der Stadtkirche St. Marien, Bischof Leopold Nowak, Peter Hintze, Bischof Dr. Christoph Demke und Ministerpräsident Prof. Dr. Werner Münch (von links).

Auf dem Weg zur inneren Einheit

Christine Lieberknecht

Bilder des Jubels gingen um die Welt: Menschen umarmten sich und konnten die Wahrheit kaum glauben. Glückliche waren wir und frei, uns durch Deutschlands Straßen zu drängen. Wir haben uns wieder als Deutsche im gemeinsamen Land. Gewonnen haben wir dabei nicht nur östlich von Elbe und Werra. Wechselseitig gilt für uns alle, was wir in Thüringen und anderswo formulieren: Wir haben Deutschland und Europa wieder.

Aber Deutschland und Europa haben auch uns wieder bekommen. Deutschland ist wieder Weimar und Erfurt. Deutschland ist die Wartburg bei Eisenach. Deutschland ist Dresden und Leipzig, die Insel Rügen und die Mark Brandenburg. Das ist Reichtum. Damit wollen wir wuchern. Aber dafür brauchen wir auch Chancen. Wir brauchen eine faire Chance im deutschen Einigungsprozeß, wenn die Selbstfindung unseres Landes mitten in Europa gelingen soll. Daß dies nur gemeinsam mit allen Beteiligten zu leisten sei, darüber sind sich die Menschen innerhalb und außerhalb unseres Landes mehrheitlich einig.

Dennoch müssen wir uns die Frage stellen, ob wir nach all dem politischen Geschick und zweifellos auch einer gehörigen Portion historischer Fügung des Jahres 1990 nicht dabei sind, die innere Einheit unseres Landes eher zu behindern als zu befördern? Diese bange Frage scheint sich zur Zeit wie Mehltau auf alles zu legen, was sich in Deutschland tut. Der Frust geht um. Die Mißstimmung schlägt sich seit einigen Monaten auch in Umfragen von Instituten nieder, die dem Anliegen der inneren Einheit Deutschlands aufgeschlossen gegenüberstehen.

Die Erwartungen in Deutschland klaffen auseinander. Im Westen ist die Einheit zwischenzeitlich für immer mehr Bürger Anlaß zur Sorge als zur Freude.

Rund 60 Prozent rechnen mit aufwallendem Volkszorn, wenn noch mehr Opfer für die deutsche Einheit verlangt werden sollten. Im Osten überwiegt zwar noch die Freude an der Einheit, dafür ist das Vertrauen auf die Wirksamkeit der westlichen Rezepte, vor allem auf die soziale Marktwirtschaft, rapide im Schwinden. Der Ruf nach dem Staat und weiteren Hilfen aus dem Westen wird immer lauter.

In gewisser Weise ist dieser Befund paradox. Die Menschen zwischen Rügen und dem Erzgebirge sehen nämlich durchaus, daß es auf vielen Feldern

vorangeht: In der Wohnqualität, beim Straßenbau und in der medizinischen Versorgung. Nur noch 15 Prozent haben das Gefühl, sich heute weniger leisten zu können als vor der Wende, immerhin 42 Prozent meinen, mehr finanziellen Spielraum zu haben als vor dem Herbst 1989. Nur jeder Vierte in den neuen Ländern rechnet sich subjektiv zu den Verlierern der Einheit.

Aber die Last der vielen, die arbeitslos werden oder sich umorientieren müssen, dürfen wir nicht unterschätzen. Jeder Dritte hat inzwischen seine angestammte Beschäftigung aufgeben müssen. Ein Großteil davon hat keine neue Stelle gefunden. Besonders viele Frauen sind davon betroffen. Rüstige Mitfünfziger werden in Rente geschickt. Der Anpassungsstreß in einer Situation, in der sich buchstäblich alle Lebensbereiche ändern und das erlernte Orientierungswissen vieler Menschen nicht mehr zählt, ist enorm. Das Leben ist nicht mehr berechenbar.

Die gewonnene Freiheit bedeutet auch Unsicherheit. Unsicher aber sind beide Seiten, die Menschen in der alten Bundesrepublik nicht weniger als die neu hinzugekommenen. So verwundet es nicht, wenn jeder erst einmal festhält, was er zu haben glaubt, wenn Ansprüche verteidigt und Besitzstände gewahrt werden. Das ist menschlich, allzu menschlich. Und es besteht kein Zweifel daran, daß die ständigen Diskussionen um Finanzierungskonzepte, um Steuerfragen und Abgaben eher zur Erhärtung dieser Situation als zu ihrer Lösung beigetragen haben.

Die Wertfrage vor die Kostenfrage stellen

Dennoch halte ich die erfolgreiche Gestaltung der inneren Einheit auch zwei Jahre nach dem 3. Oktober 1990 für möglich.

Ich halte sie dann für möglich, wenn wir aufhören, politische Auseinandersetzungen nur noch als einen Streit um Gelder und Finanztransfer zu verste-



hen. Ich halte sie dann für möglich, wenn wir laut und vernehmlich vor der Kostenfrage die **Wertfrage** besprechen.

Was ist es uns wert, Unfreiheit und Verletzung der Menschenwürde, cheldraht und Schießbefehl an der Mauer des Kalten Krieges überwunden zu haben?

Was ist es uns wert, daß sich unsere Kinder ohne Zwang und ideologische Bevormundung ihren Weg in die Zukunft bahnen können?

Was ist es uns wert, innerhalb kürzester Zeit wieder Kulturland mitten in Europa geworden zu sein?

Wird es uns gelingen, diesmal die „ruhige Mitte“ unseres alten, geschundenen und immer wieder aufstrebenden Kontinents zu werden?

„Gleichwertige Lebensverhältnisse neu definieren“

Ich stelle diese Fragen mit aller Deutlichkeit, denn die dramatischen Veränderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes spielen für die meisten von uns bis hin zur Politik noch immer eine untergeordnete Rolle. Dabei ist das Verhältnis zwischen den beiden ungleichen Teilen Deutschlands nur das Vorspiel dessen, was uns europaweit erwartet.

Spätestens dieser Horizont zwingt uns zu klaren Aussagen über unsere Möglichkeiten und Grenzen, über unsere Wertvorstellungen und Bereitschaft zur Veränderung. Spätestens dann wird es nicht mehr durchhaltbar sein, daß der westliche Teil zwar zahlt, aber kaum Bewegung zu realisieren vermag.

Spätestens dann wird das Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ neu zu definieren sein. Spätestens

Was bedeutet für mich der 3. Oktober?

Werner Dollinger

Mit dem 3. Oktober 1990 wurde eines der politischen Hauptziele der Nachkriegszeit erreicht: „Die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“. Dies ist ein Beweis, daß Stetigkeit zum Ziel führt! Viele hatten die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung aufgegeben. Angst und Kleinmut führen vom Wege ab. Es hat sich auch gezeigt, daß Freunde zur Erreichung von Zielen unbedingt notwendig sind. Ohne die Unterstützung der USA, Großbritanniens und Frankreichs wäre das „2 + 4-Abkommen“ nicht möglich gewesen, wenn auch dafür der Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gezahlt werden mußte. Die Zustimmung der Sowjetunion war das Ergebnis der Politik Gorbatschows und auch die Folge eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.

Ich glaube, daß vielen noch nicht klar ist, daß mit der Überwindung der Spaltung Deutschlands auch die Spaltung Europas überwunden werden konnte. Damit beginnt eine neue Ära der Außenpolitik. Abrüstung ist nun möglich, aber jedoch nicht mit der Illusion, es gebe keine Konflikte mehr.

Neue Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit insbesondere mit Ost- und Südosteuropa ergeben sich.

dann werden wir die Bereitschaft entwickeln müssen, Unterschiede zuzulassen. Der deutsche Förderalismus bietet uns dazu wichtige Möglichkeiten.

Die noch weitgehend offenen Strukturen und weniger festgefahrenen Interessengeflechte in den neuen Ländern können manches befördern, was unter den Verkrustungen der alten Bundesrepublik unendlich viel schwerer zu erreichen sein wird. Dazu aber darf es mehr als nur der äußeren Freiheit, die uns der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung gebracht haben.

Als Protestanten im Geiste Martin Luthers wissen wir um den Wert der „Freiheit eines Christenmenschen“.

Die mit diesem Bekenntnis verbundene innere Freiheit werden wir brauchen, um der Politik im geeinten Deutschland neue Handlungsräume auch jenseits von Wohlstandsmehrung und ständig steigenden Sozialleistungen zu eröffnen.

Die Solidarität im geeinten Deutschland wäre unter diesen Voraussetzungen sicherlich leichter.

Ann.: Christine Lieberknecht, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in Thüringen, ist stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende.

Die Parole, „wir sind das Volk, wird sind ein Volk“, hat sich seit 1990 in der Verwirklichung in vielen Bereichen als schwierig gezeigt. Beide Teile Deutschlands haben sich durch die Trennung mehr auseinandergelebt, als viele Menschen – und ich gebe zu, auch ich – geglaubt haben. Viele menschliche Beziehungen sind verlorengegangen. Die Diktatur zwang zu anderer Denk- und Handlungsweise als in einer Demokratie. In der Wirtschaft der früheren DDR muß die staatliche Reglementierung durch die soziale Marktwirtschaft überwunden werden. Allein dieser Umstellungsprozeß zum freien Denken und zur freien Entscheidung ist schwer und kann nicht von heute auf morgen vollzogen werden.

Als eine unwahrscheinliche Belastung für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern hat sich der Zusammenbruch der Sowjetunion ausgewirkt. Alte Wirtschaftsbeziehungen wurden damit abgeschnitten, ohne daß von heute auf morgen neue geknüpft werden können.

In dieser Lage ist die Bundesrepublik zur Hilfe aufgerufen und sie tut es. Es ist dabei notwendig, daß auch der „Länderegoismus“ sowie der Egoismus der Bürger in den alten Bundesländern zurückgeschraubt wird. Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist ein Prozeß, der eine gewisse Zeit dauert. Es gibt psychologische und rechtliche Hemmnisse und nur mit Geduld kommt man voran. Beratung ist notwendig, Überheblichkeit fehlt am Platz. Manche Stimme aus dem Westen war nicht hilfreich.

Wichtig ist mir, daß das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat gestärkt wird. In vielen Bereichen ist ein großes Mißtrauen gegen alles Staatliche vorhanden, auch im kirchlichen Bereich. Religionsunterricht und Militärsorge sind Beweise hierfür. Die



Vergangenheit belastet und macht mißtrauisch. Sie muß überwunden werden und dies verlangt absolute Ehrlichkeit.

Es ist daher bedauerlich, daß zur Zeit die ganze Diskussion nur noch unter dem Stichwort „STASI“ läuft. Wir sollten auch an jene Menschen denken, die in einer guten – ja ich möchte sagen – in einer tapferen Haltung Werte erhalten haben. Dafür gilt insbesondere der Kirche Dank.

Unsere Aufgabe muß es sein, ein Menschenbild frei von Utopien zu gewinnen und das muß das christliche sein. Der Sozialismus ist gescheitert und wird immer wieder scheitern, weil er von einem falschen Menschenbild ausgeht. Wir brauchen daher ein geistliches Fundament.

Das Christentum gibt uns hier viele Hinweise und Beispiele für unsere Lebensgestaltung.

Nicht „Protzenthum“ sondern Einfachheit, nicht Verschwendung, sondern Sparsamkeit sollte unsere Haltung bestimmen. Dazu gehört Verständnis füreinander, wobei es wichtig ist, den Gedankenaustausch so zu fördern, daß man wirklich überzeugt oder gemeinsam neue Wege findet. Wir brauchen Vorbilder und Glaubwürdigkeit. Wir müssen jedoch als Menschen auch unsere Grenzen erkennen! Die Wiedervereinigung war für mich eine Gnade und Gott ist auch der Herr der Geschichte.

Der 3. Oktober – eine Erinnerung aber auch ein Auftrag für die Zukunft, der uns vor große Probleme stellt.

Ann.: Dr. Werner Dollinger, Bundesminister a.D. ist Landesvorsitzender des EAK-Bayern und stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender.

Evangelische Publizistik in einer Identitätskrise: Für eine Neuorientierung der protestantischen Medienarbeit

Wolfgang Baake

Zum Schwerpunktthema der EKD-Synode „Kirche und Medien“ hat der EAK sowohl das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt als auch die Konferenz Evangelikaler Publizisten um einen Diskussionsbeitrag gebeten. Bis Redaktionsschluß lag nur der Beitrag von Wolfgang Baake, Geschäftsführer der Evangelikaler Publizisten vor, den wir im folgenden veröffentlichen.

Das Verhältnis der Evangelischen Kirche zu den Medien und umgekehrt hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Besonders die evangelischen Kirchen beklagen sich darüber, daß sie zu wenig in Presse und Rundfunk vorkämen, und wenn, dann zunehmend kritisch. Von seiten der Medien wird andererseits den Kirchen immer häufiger der Vorwurf gemacht, sie verheimlichten negative Dinge und wollten die Medien nur als eine Art Werbeträger nutzen. In den letzten Wochen wurde insbesondere kritisiert, die Medien führten geradezu eine Kampagne gegen die Kirchen, weil sie im Blick auf die kirchlichen Stasi-Verstrickungen kommentiert hatten, Kirchenleitungen hätten ein zu enges Verhältnis zu sozialistischen Diktaturen gehabt.

Noch vor drei Jahren sah es in den Medien ganz anders aus. Da wurde insbesondere die Evangelische Kirche wegen ihrer positiven Rolle bei der friedlichen Revolution in der DDR in höchsten Tönen gelobt. Dann aber wurde eine Stasi- und/oder SED-Akte nach der anderen bekannt und das Bild kehrte sich um. Daß die negativen Dinge von kirchlicher Seite zunächst geleugnet und nur scheinbar bestätigt wurden, hat zu einer kritischen Haltung der Medien gegenüber der Evangelischen Kirche geführt. Obwohl es in keinem Berufsstand so viele Atheisten gibt, wie im journalistischen (allein im Westen gehören 40 Prozent der Journalisten keiner Kirche an – im Bevölkerungsdurchschnitt sind es nur etwa 16 Prozent) gibt es keine prinzipielle Gegnerschaft gegenüber dem christlichen Glauben.

Oft kommen Aversionen daher, daß man sich von der Kirche falsch behandelt fühlt (mangelnde Offenheit) oder über kirchliche Pressemitteilungen ärgert, weil man der Ansicht ist, deren Inhalt habe nichts mit den eigentlichen Aufgaben von Kirche zu tun. Der drastische Linkstrend im deutschen Protestantismus in den letzten 25 Jahren hat dazu beigetragen, daß zahlreiche konservative Journalisten die evangelischen Landeskirchen verlassen haben. Dies betrifft beispielsweise im größten deutschen Zeitungsverlag, dem Springer-Verlag, Dutzende von leitenden Redakteuren. Axel Springer selbst war nach zahlreichen Querelen mit der Berliner Kirche in die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche (SELK) übergetreten.

Identitätskrise der evangelischen Publizistik

Aber auch die protestantische Publizistik selbst steckt seit langem in einer Krise. Im Deutschen Pfarrerblatt schrieb genau vor 10 Jahren der rheinische Pastor und hauptberufliche Parlamentsjournalist K. Rüdiger Durth (Bonn): Der „Subventionen fressenden“ kirchlichen Pressearbeit fehle der dringend notwendige Funke, um endlich „aus dem Schatten gesellschaftlicher Wirkungslosigkeit herauszukommen“. Das „Elend protestantischer Presse“ lasse sich dabei – so Durth – in inhaltlichen Fragen nachweisen. So sei die evangelische Publizistik voll von Vorurteilen. In der öffentlichen Debatte erscheine dank der evangelischen Presse die „protestantische Friedensbewegung vorwiegend als links, die Kirche wird identifiziert mit Anti-Amerikanismus und mit unterschwelliger Rücksichtnahme auf die Sowjetunion“. In der Kirchenpresse bleibe die Wirklichkeit von Kirche auf der Strecke: „In der Landeskirchenzeitung ist Kritik an der Amtskirche verpönt, im Gemeindebrief sind gefälligst nur positive Berichte zu veröffentlichen, was man auch von der Lokalzeitung erwartet, die sonst mit einem flotten Protest rechnen kann.“

Was hier ein nicht zum konservativen Lager gehörender Journalist festgestellt hat, gilt in vieler Weise auch noch heute: Weithin sind die protestantischen Medien politisch links und theologisch zumindest liberal eingestellt. Damit aber stehen sie dem ent-

gegen, was laut Umfragen an der gemeindlichen Basis gedacht wird. Entsprechend sind die Auflagen der Kirchengebietspresse stark rückläufig. Betrug die Auflage der 12 westdeutschen Kirchengebietsblätter 1970 noch 909.704 Exemplare, so 1992 nur noch 598.212 (minus 34 Prozent). Kam vor 22 Jahren auf 31 Kirchenmitglieder ein Kirchenzeitungsexemplar, so heute auf 42 Mitglieder.

Der Rückgang der Auflage ist also weit höher als der der Kirchenmitglieder, hat also nicht entscheidend damit zu tun, daß der Säkularismus und die Kirchenaustritte zugenommen haben. Der Grund der Misere liegt vielmehr in der Identitätskrise der protestantischen Publizistik. Das Problem für viele Blätter scheint zu sein, daß man nicht genau weiß, wozu man eigentlich da ist. Der Dachverband der kirchlichen Publizistik, das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP), hat bereits in den 70er Jahren als wesentliche Aufgabe der Medienarbeit benannt: Eine Publizistik der Stellvertretung zu betreiben. Es ist grundsätzlich etwas Positives, wenn man stellvertretend für die sprechen möchte, die kein Sprachrohr haben.

Das Problem war und ist aber nur, daß man nicht für die Stummen gesprochen hat, sondern für die, die ohnehin schon viel Publizität erfahren. Für die, für die sich kaum jemand engagierte, die Christen in der Sowjetunion und China, unter dem Islam oder in Vietnam und Kambodscha, setzte man sich dagegen in der kirchlichen Presse kaum ein, sondern verschleierte vielmehr deren tatsächliche Situation. Da mußte sich für Leser die Frage stellen, warum sie dann noch ein Kirchenblatt lesen sollen, wenn sie in ihm auch nur einseitiges über Südafrika, Nicaragua usw. erfahren. Dazu kommt eine weithin vorhandene theologische Liberalität. Zahlreiche Kirchenblätter haben sich für die Fristenlösung bei der Abtreibung, für eine Segnung homosexueller Ehen und für den interreligiösen Dialog (statt Mission) ausgesprochen.

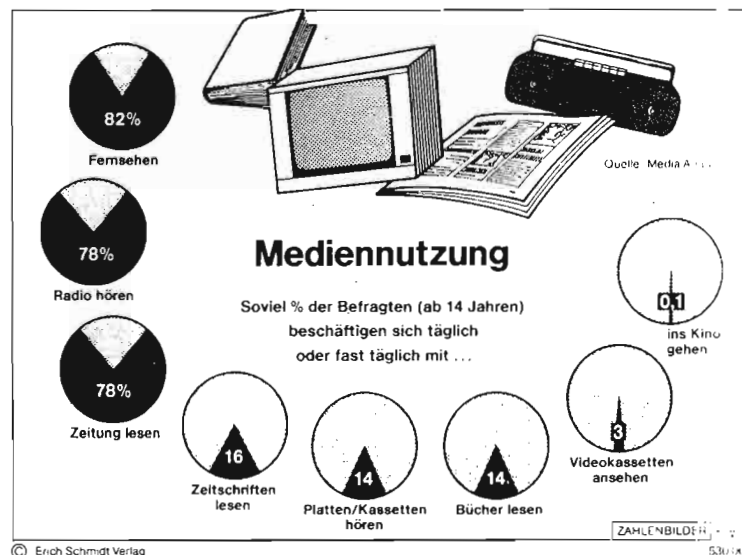
Christen auf dem Weg des Glaubens begleiten

Eine missionarische, evangelistische Zielsetzung oder der Wunsch, Christen auf dem Weg des Glaubens zu begleiten, erfolgte und erfolgt weithin nicht, beziehungsweise wird abgelehnt. Von daher ist die Krise der protestantischen Publizistik (für die

elektronischen Medien, sprich Kirchenfunk, gilt weithin das Gleiche) die Folge von theologischer und politischer Einseitigkeit. Und hier gibt es nur wenige Ausnahmen.

Das Problem der evangelischen Publizistik liegt dann eben auch darin, daß sich die inhaltliche Ausrichtung stark ähnelt und es jahrelang kaum Alternativen gab. Zwischen den beiden aus Kirchensteuermitteln hochsubventionierten Monatszeitschriften „Evangelische Kommentare“ und „Lutherische Monatshefte“ beispielsweise bestehen in der Ausrichtung keine Unterschiede. Von daher ist es kein Wunder, daß die Evangelischen Kommentare in den letzten 15 Jahren mehr als ein Drittel ihrer Auflage verloren haben. Die Druckauflage wird jetzt mit 9.500 angegeben. Bei den lutherischen Monatsheften (Druckauflage 6.500) wird jedes Exemplar mit fast 100 DM im Jahr bezuschußt. Die Zahl der verkauften Einzelabonnements beträgt nur rund 1.000. Ein besonderes Ärgernis stellt auch für Nicht-Konservative in der EKD das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt (Hamburg) dar, weil es seit Jahren ständig höhere Zuschüsse bei gleichzeitig ständig sinkender Auflage beansprucht. Die Auflage sank in den letzten fünf Jahren von 120.000 auf jetzt 87.000. Die Zahl der Dauerabonnenten soll bei nur 30.000 liegen. Jeder Dauerabonnent wird jährlich mit 300 DM bezuschußt (so der württembergische Finanzreferent, Oberkirchenrat Dietrich Bauer), denn die Subvention aus Kirchensteuermitteln beträgt mittlerweile 9 Millionen DM im Jahr. Da sich das Blatt nicht verkaufen läßt, hat der Präsident im Kirchenamt der EKD, Hartmut Löwe, die Mitgliedskirchen der EKD aufgefordert, allen haupt- und ehrenamtlichen kirchlichen Mitarbeitern das Sonntagsblatt dann eben unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Das hat zu zahlreichen Protesten besonders der mitteldeutschen Kirchenblätter geführt, die fürchten, das Sonntagsblatt würde als kostenloses Verteilblatt den Kirchenzeitungen in der Ex-DDR „das Wasser abgraben“.

Die letzte EKD-Synode hat Ende 1991 beschlossen, zunächst nur für ein Jahr 9 Millionen DM Zuschuß zu zahlen. Weiteres soll auf der EKD-Synode in diesem November beschlossen werden. Das Sonntagsblatt verhält sich aber so, als ob es selbstverständlich sei, daß die Synode weiterhin einen so hohen Zuschuß gibt. So wurde für den 1. Januar nächsten Jahres ein neuer



stellvertretender Chefredakteur verpflichtet, obwohl das Sonntagsblatt damit rechnen muß, daß die Synode eine Einstellung des Zuschusses und damit das Ende des Sonntagsblattes beschließen könnte. Ungeklärt ist auch, ob dem Süddeutschen Verlag, mit dem das Sonntagsblatt seit 1. April kooperiert, intern zugesichert wurde (wie zu hören ist), daß die Synode wohl schon weitere Jahre für eine Subvention sorgen werde. Kurzum: Nichts gegen ein gut gemachtes Wochenblatt der EKD, aber alles gegen ein Blatt, das derartig einseitig ist.

Ausbau alternativer Publikationen

Man nehme nur die Ausgaben der letzten Zeit, wo sich das Sonntagsblatt gegen das Bundesverfassungsgericht stellte, weil es nicht gleich die Fristenlösung absegnete, einen scharfen Artikel gegen die Weltmission veröffentlichte, die westfälische Kirche kritisierte, weil sie eine Muslimin nicht in einem evangelischen Kindergarten einstellte und gleichzeitig einen Artikel pro Militärsteuerboykott brachte.

Aufgrund dieser Situation ist der deutsche Protestantismus (abgesehen von der Situation in der Weltmission) nirgendwo so tief gespalten, wie in seiner Publizistik. Von daher ist es kein Wunder, sondern eine Folge, daß sich im Protestantismus immer mehr alternative Publikationen bildeten, wie zum Beispiel schon Mitte der 60er Jahre der Rundbrief der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ mit einer Auflage von 40.000 Exemplaren.

Schon zuvor wurde 1959 der Evangeliums-Rundfunk (ERF) in Wetzlar ins Leben gerufen. Weil sich im Kirchenfunk so wenig Missionarisches fin-

det, war es eine konsequente Folge, daß ein aus Spenden finanzierter Privatsender entstand, der genau eben das bringt, was im öffentlichen-rechtlichen Rundfunk wie im säkularen Privatfunk kaum vorkommt. Mittlerweile erreicht der Evangeliums-Rundfunk mit seinen rund 200 hauptamtlichen Mitarbeitern allein eine Millionen regelmäßiger Hörer im deutschsprachigen Raum.

Auch im Fernsichtbereich ist der Evangeliums-Rundfunk aktiv. Täglich erreichen ihn als Reaktion auf seine Sendungen 500 Briefe. Beispielslos ist seine Seelsorgeabteilung, die Briefe individuell beantwortet und auch Seelsorger vermittelt. Der ERF finanziert sich ausschließlich durch Spenden (1991 waren es 20,9 Mio. DM). Direktor des ERF ist Pastor Horst Marquardt, der führende Medienmann im evangelikalen Bereich.

Als in der Presseagentur der evangelischen Landeskirchen, dem Evangelischen Pressedienst (epd), in den 60er Jahren über den Pietismus, beziehungsweise die evangelikale Bewegung entweder nichts oder nur Verzerrtes gebracht wurde, fanden Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre Gespräche mit Verantwortlichen der Evangelischen Publizistik statt. Man sicherte nicht einmal eine Kursänderung zu. Von daher blieb dem Dachverband vor allem der Evangelikalen, der Deutschen Evangelischen Allianz, gar nichts anderes übrig, als eine eigene Nachrichtenagentur zu gründen, wenn sie ihre Anliegen öffentlich gemacht wissen wollte.

So wurde im Mai 1970 idea ins Leben gerufen. Idea erscheint in Verbindung mit der Evangelischen Allianz, ist aber von ihr weniger abhängig, als der epd

von den evangelischen Landeskirchen, da die Allianz Idea nicht finanziert. idea wird von einem eingetragenen Verein herausgegeben, dem Repräsentanten aus Landes- und Freikirchen angehören. idea verbreitet wie der epd über Funk Nachrichten an Presse und Rundfunk, gibt dreimal in der Woche seinen vervielfältigten Briefdienst für Multiplikatoren heraus, veröffentlicht 30 bis 50 Dokumentationen im Jahr, erscheint auch in einer englischsprachigen Ausgabe und vertreibt Bilder aus dem christlichen Bereich.

Mit aktuellen Nachrichten ist idea darüber hinaus auch im Bildschirmtext vertreten. Am bekanntesten dürfte das Wochenmagazin Idea-spektrum sein, das auflagenstärkste christliche Wochenmagazin in Deutschland mit annähernd 100.000 Lesern. Idea finanziert sich weitgehend selbst durch Verkauf seiner Produkte. Dazu kommt ein vergleichsweise kleiner Zuschuß der EKD und der württembergischen Landeskirche. Hat der epd über 70 hauptamtliche Redakteure, so idea 6. Besonders im Blick auf Abdrucke in Tageszeitungen ist der epd naturgemäß weiter verbreitet als idea, obwohl es mittlerweile auch Tageszeitungen gibt, die nur noch idea abonniert haben.

Beide Nachrichtenagenturen haben im Blick auf von ihnen veröffentlichte Kommentare eine unterschiedliche Tendenz. So hat sich beispielsweise der epd für eine Fristenregelung ausgesprochen und Manfred Stolpe verteidigt. Epd legt einen Schwerpunkt auf Meldungen aus der Dritten Welt. Idea dagegen spricht sich in Kommentaren gegen die Fristenregelung aus, steht kritisch zum Wirken Stolpes und hat seinen Schwerpunkt auf den Bereichen Mission und Diakonie. Während theologisch beispielsweise der epd in einer erläuternden Meldung die Himmelfahrt als eine „späte Legende“ bezeichnete, ist sie in idea-Komentaren eine tatsächliche Begebenheit.

Christliche Publizistik braucht Akzeptanz durch Leser

1971 gab es dann eine große Spaltung im protestantischen Buchmarkt. Fast alle theologisch konservativen Verlage schlossen sich zu zwei Buchkooperationen zusammen: ABC-team (dazu gehören die Verlage Ausaat, Schriftenmission, R. Brockhaus, Brunnen, Christliches Verlagshaus sowie Oncken) und Telos (Blaukreuz Verlag und die Verlagshäuser Brendow, Hänslers, Schwengeler, Trachsel,

die Verlage der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland, der Francke-Buchhandlung, der Liebenzeller Mission und der St. Johannis-Druckerei). Diese Verlage stellen mittlerweile etwa 50 Prozent des gesamten protestantischen Buchmarktes.

Alle Medienaktivitäten im evangelikalischen Bereich schlossen sich 1975 zusammen in der **Konferenz Evangelikaler Publizistik** (kep) mit Sitz in Wetzlar. Bekannt wurde die kep insbesondere durch ihre Aktion „Mehr Evangelium in den Medien“ und zwei vielbeachtete Medienkongresse in Böblingen. Insgesamt vertritt die kep die medienpolitischen Interessen der 1,3 Millionen theologisch konservativen Christen, der Evangelikalen, in Landes- und Freikirchen in Deutschland. An die Öffentlichkeit tritt sie insbesondere durch ihre Zeitschrift „Pro“, die in einer Auflage von 20.000 Exemplaren erscheint.

Ein besonderer Arbeitszweig der kep ist die **Christliche Medien-Akademie**, die Aus- und Weiterbildungsseminare im Bereich der Publizistik für haupt-, ehren- und nebenamtliche Mitarbeiter in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kirchen, Gemeinden und christlichen Werken anbietet und eine journalistische Nachwuchsförderung betreibt. Die erwähnten Beispiele evangelikaler Publizistik belegen, daß christliche Publizistik auch ohne große finanzielle Unterstützung der Kirchen existieren und erfolgreich sein kann.

Die christliche Publizistik braucht die Akzeptanz und die Korrektur durch den Leser und nicht die unaufhörliche Verbindung zum Kirchensteueretat. Christliche Publizistik sollte sich den Mechanismen des Marktes stellen und nicht ständig nach neuen Haushaltsmitteln der EKD oder ihrer Gliedkirchen schielen.

Hauptaufgabe christlicher Publizistik sollte zu erst sein, von dem zu berichten, was Gott in dieser Welt und in seiner Gemeinde tut und getan hat. Eine Kirche, die die Medien zur Verkündigung des Evangeliums nicht nutzt und Mission mittels der Medien ausschließt, hat sich selbst aufgegeben und bedarf einer dringenden Reformation.

Anm.: Wolfgang Baake ist Geschäftsführer der Konferenz evangelikaler Publizisten und Leiter der Christlichen Medienakademie Wetzlar

Büchermarkt

Josef Notel: Wir guten Europäer. Historisch-politische Versuche über uns selbst. Gunter Narr Verlag, Tübingen 1991, 250 Seiten.

Von der Spätantike bis zum Zweiten Weltkrieg und von den Benediktinern bis Nietzsche reichen die Themen, die der Kulturwissenschaftler Josef Notel in seiner Aufsatzsammlung behandelt.

„Christliche Prägung“, „Neuzeitliche Erkundungen“ und „Spätere Reflexionen“ sind die Hauptkapitel des Buches überschrieben, das die alte und immer wieder neue Frage nach der Identität Europas zu beantworten sucht. Durch dieses Leitmotiv stellen die in sich geschlossenen Essays mehr dar als exemplarische Streiflichter aus der Kultur- und Geistesgeschichte unseres Kontinents. Indem sie die Konstanten europäischen Denkens und Handelns herausarbeiten, lassen sie die Umrisse einer so noch nicht betrachteten Kulturethik erkennen.

Der Autor ist Professor für Kulturgeschichte und Kunstwissenschaft an der Universität Hildesheim und Vorsitzender des Europa Zentrums Tübingen.

Otto Schnübbe: Der Friede (shalom) im Alten und Neuen Testament – eine notwendige Korrektur. Lutherisches Verlagshaus, Hannover 1992

Eine Aufsatzreihe, herausgegeben von Horst Hirschler in Verbindung mit Gerhard Isermann, Hans May und Hans Joachim Schliep.

Der Verfasser beteiligt sich an der Debatte, wie Friede in der sündigen Welt aufrechtzuerhalten ist, und legt dazu eine allgemeinverständliche Darstellung des Friedensbegriffs im Alten und Neuen Testament vor.

Er warnt davor, utopischen Friedensbildern nachzujagen, durch die Kriege nicht verhindert werden können. Seine These lautet: Denken vom christlichen Erlösungsglauben her, das ist die notwendige Korrektur, die in die Friedensdebatte einzubringen ist.

Im Glauben an unsere Erlösung gründet das Miteinander von Nächstenliebe, Freiheit und Vernunft. Um dieses Miteinander geht es heute im politischen Handeln.

Aus unserer Arbeit

Religiöse Erziehung in säkularer Welt

Karlsruhe – Praktische Fragen bei der Einführung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach in den neuen Bundesländern hat die Thüringer Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und vormalige Kultusministerin, **Christine Lieberknecht**, auf einer Veranstaltung des Landesverbandes Baden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) aufgeworfen. Im Rahmen der „Theologischen Landgespräche“ des EAK-Baden sprach sich die Ministerin dabei gegen die Einführung eines rein religionskundlichen Ethik-Lehrfachs, wie es in Brandenburg zur Diskussion steht, aus.

In Thüringen, so Frau Lieberknecht, sei mit den Kirchen eine eindeutig positive Position zum Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach erzielt worden. Daher sehe das vorläufige Bildungsgesetz des Landes Thüringen auch die Einführung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach an den Schulen des Landes vor.

Dem Religionsunterricht könne, so die Ministerin weiter, eine Art „Signalcharakter“ zukommen. Daher sei es gerade auch aus kirchlicher Sicht sicher nicht im Sinne des Glaubens, auf dieses Zeichen, das die Kirche bei Schülern und Lehrern setzen könne, zu verzichten.

Halbherzige Zustimmung zur Marktwirtschaft

Mettmann. Geringes Interesse an der Wirtschaftsdenk-schrift „Gemeinwohl und Eigen-nutz – Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft“ hat Pfarrer **Wilhelm Drühe** festgestellt. „Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sind für die Gemeinden und die Christen in ihnen bestimmt. Heute bleiben und bewegen sie sich überwiegend im kirchlichen und politischen Überbau“, sagte er in einem Vortrag vor dem Evan-

Arbeitskreis der CDU in Mettmann.

In diesem Bereich gäbe es dann auch nur einen Formelkompromiß, der meistens ein fauler sei. Nach Ansicht des Referenten hätten die beiden letzten EKD-Denkschriften eine größere Beachtung verdient: 1985 sei die „Demokratiedenk-schrift“ mit dem Titel „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ erschienen, im Herbst 1991 die „Wirtschaftsdenk-schrift“. Bei der letzten Denkschrift sei das halbherzige „ja“ zur Sozialen Marktwirtschaft nicht zu übersehen. Sie stelle zwar fest, daß Christen der Sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich zustimmen könnten, schränke aber diese Zustimmung dadurch ein, daß ein Widerspruch zum vom christlichen Glauben gewiesenen Tun nicht vorliege. „Ich hätte mir gewünscht, daß deutlicher auf die positiven Möglichkeiten zur Verwirklichung der sozialen Verantwortung hingewiesen worden wäre“, meinte Pfarrer Drühe.

Verantwortlich für diese Entwicklung innerhalb der evangelischen Kirche machte er den Einfluß der Parteipolitik auf Kirchengremien, auch auf die EKD-Kammer, die diese Denkschrift erarbeitet hatte. Da gäbe es einmal den Parteienproporz, zum anderen würden sich politische Vorgaben auswirken. In Kirchenkreisen sei die Meinung verbreitet, ein verbesserter, menschlicher Sozialismus könnte mit den gesellschaftlichen Problemen besser fertig werden. „Das sieht man bei der Wirtschaftsdenk-schrift an vielen Stellen, wenn an der Sozialen Marktwirtschaft herumgemäkelt wird und angeblich notwendige Kurskorrekturen gefordert werden.“

Für diese Haltung hatte Drühe wenig Verständnis. Immerhin sei die evangelische Kirche in der Bundesrepublik die größte Nutznießerin dieses Wirtschaftssystems, weil ihre Kirchensteuereinnahmen unmittelbar vom Wirtschaftswachstum abhängen. „Es ist unredlich, Urkirche spielen zu wollen, um sich gleichzeitig vom verachteten Kapitalismus Kirchensteuern in Milliardenhöhe zahlen zu lassen.“

Berufsausbilder geben nur den Realschulen gute Noten

Pinneberg. Zeugnis- und Zensurenvergabe, Vor- und Nachteile der verschiedenen Schularten, Studenschwemme – um verschiedene Standpunkte zusammenzutragen, hatten **Urselmarie Oberbeck-Jacobs** vom Arbeitskreis „Bildung“ des CDU-Kreisverbandes und **Hans Bleckmann** vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU Vertreter von Eltern und Schulen sowie Berufsausbilder eingeladen.

Wenn auch der bisherige Weg des gegliederten Schulsystems in den vergangenen Jahren Defizite aufgewiesen habe, so sei es dennoch kein Weg ins Aus gewesen, verlautete aus der Runde. In der Diskussion um das gegliederte Schulsystem oder die Gesamtschule seien junge Eltern erstaunlich ahnungslos, hieß es weiter. So zeigten Gespräche immer wieder, daß diese wenig konkrete und fundierte Vorstellungen von den Vor- und Nachteilen der Gesamtschule hätten.

Während in der Diskussion um die Qualität des derzeitigen Schulsystems die Realschulen relativ gut, die Haupt- und Grundschulen sowie die Gymnasien dagegen schlecht in den Augen der Berufsausbilder abschnitten, kontierten die Vertreter der betroffenen Schularten mit dem Hinweis, daß sie ihre Schüler nicht direkt auf die Berufsausbildung in Handwerk und Industrie vorzubereiten hätten.

Vertreter der Schulen nannten als ihr derzeit größtes Problem die immer größer werdende Zahl der verhaltens- und lerngestörten Kinder. Als eine der möglichen Ursachen wurde die mangelnde Ausdrucksfähigkeit heutiger Jugendlicher als Folge immer höheren Fernsehkonsums bemängelt.

Die Schulleiter wiesen auch auf ihre Probleme aus dem Mitbestimmungsgesetz hin, die das Leben an den Schulen kompliziere und gelegentlich auch lähme. Insbesondere aus dem Bereich der Realschulen wurde die fehlende Rückendeckung „von oben“ beklagt. Die Realschulen würden, so hieß es, durch eine ungenügende Personalbewirtschaftung zugunsten der Gesamtschule kaputtgehen.

Politik ohne Heilsanspruch

Gersthofen. „Politik auf christlicher Grundlage unterscheidet sich von linken und rechten Ideologien durch ein nüchternes Menschenbild und durch den Verzicht auf Heilslehre von der Gesellschaft. Der Versuch, ein starres Gesellschaftsbild der Wirklichkeit aufzuzwingen, hat immer wieder zum Terror geführt und ist letztlich immer wieder gescheitert, zuletzt in Gestalt des totalitären Sozialismus“. Diese Aussagen von Kirchenrat **Paul Rieger**, Mitglied der Grundsatzkommission der CSU, standen im Mittelpunkt der Bezirksversammlung des EAK der CSU unter Leitung des Bezirksvorsitzenden **Dr. Hermann Kefler** in Gersthofen. Thema war das neue Grundsatzprogramms der CSU und der spezifisch evangelische Beitrag in einer Union katholischer und evangelischer Christen. Christlich orientierte Politik gehe – so Kirchenrat Rieger – nicht von der Gesellschaft, sondern vom Einzelmenschen als Geschöpf Gottes in seiner gewissensgebundenen Freiheit aus. Die wesensmäßige Begrenztheit und Unvollkommenheit des Menschen verbiete dabei den Anspruch, das Heil durch Politik verwirklichen zu können.

In der Diskussion wurde bemängelt, daß die Begriffe „Freiheit“ und „Wohlstand“ im Grundsatzprogramm zu stark in den Mittelpunkt gerückt und angesichts globaler Armuts- und Umweltprobleme zu wenig reflektiert gebraucht seien. Nicht nur nach links und rechts, sondern auch gegenüber dem Liberalismus sei eine Abgrenzung notwendig; die „Freiheit eines Christenmenschen“ im Sinne Martin Luthers sei nicht einfach identisch mit der „freien Entfaltung der Persönlichkeit“.

Auch die Ausführungen von MdB **Hans Raidel**, Öttingen, machten deutlich, daß alle wesentlichen politischen Probleme und Entscheidungen letztlich immer wieder auf Grundsatzfragen zurückführen. Der Abgeordnete bedauerte, daß dies in der politischen Praxis noch nicht genügend erkannt und beachtet werde. Auch die Bürger müßten aber erkennen, daß der Staat nicht nur ihre jeweiligen persönlichen Wünsche zu erfüllen habe.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

E

in

Aus dem Inhalt:	
Dialog zwischen Politik und Kirche	1
33. Bundestagung des EAK der CDU/CSU	4
Berichte aus den Arbeitskreisen	6
40 Jahre EAK	8
Auf dem Weg zur inneren Einheit	10
Evangelische Publizistik in einer Identitätskrise	12
Unsere Autoren:	
Dr. Angela Merkel, MdB EAK-Bundesvorsitzende Konrad-Adenauer-Haus 5300 Bonn 1	
Dr. Helmut Kohl Bundeskanzler Bundeskanzleramt 5300 Bonn 1	
Dr. Volkmar Köhler, MdB Bundeshaus 5300 Bonn 1	
Klaus Weigelt 11, avenue de l'Yser B- 1040 Brüssel	
Albrecht Martin Hugo-Reich-Str. 10 6550 Bad Kreuznach	
Christine Lieberknecht Kirchgasse 50 O- 5301 Ramsla	
Dr. Werner Dollinger Hampfergrundweg 30 8530 Neustadt	
Wolfgang Baake Postfach 1869 6330 Wetzlar	
100% Altpapier chlorfrei hergestellt	

Wittenberger Erklärung

„Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“

In Wittenberg, dem Ort, von dem die reformatorische Bewegung Martin Luthers ausging, die einen wesentlichen Beitrag zum modernen Staatsverständnis geleistet, die durch die Sprache unserem Volk die wichtigste Grundlage der Gemeinsamkeit gegeben hat, dessen Botschaft von der Freiheit eines Christenmenschen gegen alles totalitäre Denken steht, stellt sich der EAK den Aufgaben, die durch die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, durch die wiedergewonnene staatliche Einheit und durch die Einigung Europas uns herausfordern.

Überall in Osteuropa haben die Menschen und nicht zuletzt die Christen dank ihres Mutes und Willens die Idee der Freiheit und der Demokratie gegen Unterdrückung und Unrecht durchgesetzt.

Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung ist der Prozeß des Zusammenwachsens aber noch nicht abgeschlossen. Denn der Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft braucht Zeit. Wir wissen um die Sorgen der Menschen, die den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten, die die

Zukunft ihrer Familie im Ungewissen sehen und die Mühe haben, sich in einem veränderten Alltag zurecht zu finden. Hier ist unsere Solidarität gefordert, damit es weiter aufwärts gehen kann.

Geeintes Europa als Chance begreifen

Die deutsche Einheit wäre ohne die sich vollziehende Einigung Europas nicht möglich gewesen. Erst die Integration in die europäische Staatengemeinschaft hat alte Gegensätze überwunden. Nun müssen wir die Chancen, die das geeinte Europa allen Völkern unseres Kontinentes bietet, begreifen und nutzen.

Wir wollen mehr als die wirtschaftliche und finanzpolitische Einheit Europas. Die kriegsrischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien führen uns drastisch vor Augen, daß wir dringend eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik brauchen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU baut bei der

Gestaltung des künftigen Europas auf die Mitwirkung der christlichen Kirchen. Die Kirchen können Brücken sein zwischen allen Menschen. Mehr denn je brauchen wir darum den Dialog zwischen katholischen und evangelischen und orthodoxen Christen.

Die ökumenische Verständigung in Europa ist für das friedliche Zusammenleben auf unserem Kontinent notwendig, sie ist auch unabdingbare Voraussetzung für die Zusammenarbeit in der weltweiten Ökumene und die Lösung der Probleme in der Dritten Welt.

In Dankbarkeit erinnern wir uns an die vierzig Jahre Arbeit im EAK und das gute Miteinander von evangelischen und katholischen Christen in der Union. In ökumenischer Offenheit werden wir uns weiterhin einsetzen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

Gemeinsam wollen wir die Chance nutzen, ein freies und versöhntes Europa zu schaffen, und laden alle ein, daran mitzuwirken!

**Beschlossen vom Bundesarbeitskreis auf seiner Sitzung am 25. 9. 1992
im Rahmen der 33. Bundestagung des EAK der CDU/CSU
in der Lutherstadt Wittenberg**